

WERNER PLUM

## Spannungen der Dritten Welt

### I

Unter den 50 Gründerstaaten, die am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen verkündeten, waren 33 Entwicklungsländer: 20 lateinamerikanische, 9 asiatische und 4 afrikanische Staaten. Es dauerte aber noch elf Jahre, bis 1956 der große Andrang der Entwicklungsländer in den Verband der Vereinten Nationen einsetzte.

Dazwischen lag der Höhepunkt des Ost-West-Konfliktes. Er begann im Zeichen einer ideologischen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Mehr und mehr traten aber die weltanschaulichen und sozialtheoretischen Gesichtspunkte zurück. Heute sind bessere Auswertung technischer Daten, bessere Kenntnisse naturwissenschaftlicher Formeln entscheidend. Der Ost-West-Konflikt wurde inzwischen ein interner Widerstreit der technisierten Welt.

Auf beiden Seiten haben Naturwissenschaftler und Techniker gesiegt. Auf beiden Seiten mußten sich Sozial- und Wirtschaftstheoretiker belehren lassen, daß ihre Prognosen über den baldigen Zusammenbruch des gegnerischen Systems unrichtig waren.

Die große Krise, die die Kommunisten im Westen, unsere Theoretiker im Osten voraussahen, brach in einem dritten Bereich, dem „Tiers Monde“, aus. Die ersten systematischen Sozialstudien, die in den fünfziger Jahren über dieses Problem geschrieben wurden, hatten noch zuversichtliche Hypothesen. Inzwischen haben wir gelernt, daß das Mißverhältnis zwischen dem technischen Niveau der Industriestaaten und dem der Entwicklungsländer von Jahr zu Jahr größer wird. Die beiden Industrieblöcke und die „Dritte Welt“ entfernen sich Rücken an Rücken voneinander.

Dieser soziale und wirtschaftliche Vorgang wird auch politisch untermalt. Das größte unterentwickelte Land der östlichen Welt, die Volksrepublik China, lockert ihr politisches Bündnis mit dem sowjetischen Industriestaat. Die politische Orientierung der beiden amerikanischen Subkontinente geht immer weiter auseinander. In Afrika lösen sich auch die letzten politischen Formationen, Gewerkschaften und Studentenverbände, von ihren europäischen Partnern. In der neuen Nord-Süd-Spannung sind kalte Kriege (UdSSR — China, USA — Kuba) selten, politische Entfremdungen im Zeichen des „kalten Friedens“ (Algerien — Frankreich) häufiger.

Immer mehr verblaßt der Ost-West-Konflikt hinter den neuen Nord-Süd-Spannungen. Die Reichen haben erkannt, daß sie reicher werden, wenn sie sich nicht befehden. Die Armen spüren, daß Armut weniger bedrückt, wenn sie unter sich bleiben. Afrikaner, Lateinamerikaner und Südasiaten beginnen, sich in eigenen politischen Gemeinschaften zusammenzufinden. Die Revolutionäre in Indochina und Algerien haben bewiesen, daß Armut selber eine Waffe sein kann, gegen die moderne, technisch hochgerüstete Armeen wehrlos sind.

Zum erstenmal wurde die scheinbar fatale Entwicklung der politischen Absonderung in reiche und arme Hemisphären am 27. Januar 1964 in Frage gestellt, als Frankreich und die Chinesische Volksrepublik mehr als nur ihre juristische Existenzen anerkannten. Die beiden prominentesten Ablehner des „Moskauer Abkommens“, die in Lateinamerika, Afrika und Südostasien angesehensten Mytho-Persönlichkeiten, *Charles de Gaulle* und *Mao Tse-tung*, schlugen in gewagter Architektur eine Brücke vom konservativsten Reichtum zur revolutionärsten Armut. Der Brückenbau kann stabil werden, denn er steht auf beiden Seiten auf verblüffend gleichen Fundamenten. Beide sind den Entwicklungsländern Idole nationalen Selbstbewußtseins. Die beiden sind die einzigen, die in der Dritten Welt respektiert werden, weil sie auch dort nicht katzbuckeln.

De Gaulles Diplomatie ist nicht das Werk eines Einzelgängers. Schon seit Jahren haben durchaus ungaullistische Sozialwissenschaftler in Frankreich, wie *Rene Dumont*, *Charles Bettelheim*, *Jacques Berque*, *Charles-Andre Julien*, *Andre Mandouze* und *Frangois Perroux*, diese Diplomatie in der Dritten Welt vorbereitet, als sie dort beratend und forschend die Entwicklungsländer nicht in das Ost-West-Dilemma der Industrienationen hereinzogen und sich darum bemühten, die jungen Länder von ihrem Ödipus-Komplex zu befreien. Ihre oft herbe, doch immer gewissenhafte Kritik wurde in Kuba wie in Algerien und Kambodscha angenommen, denn sie klang nicht überheblich oder gar parteiisch. Die Chinesen ihrerseits sind angesehen, weil sie bei all ihrem Nationalismus (an dem es wahrhaftig nicht in den Entwicklungsländern fehlt) auch Sparsamkeit und Arbeitsfleiß — zwei in der Dritten Welt seltene Tugenden — in schockierender Weise zu demonstrieren verstehen.

Doch das Ereignis der chinesisch-französischen Konstellation in der Dritten Welt ist noch zu jung, um in den gegenwärtigen Beziehungen zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern gewogen (wohl: erwogen) zu werden.

Noch vor fünf Jahren waren die Industriestaaten im Westen besorgt, die Entwicklungsländer könnten politischen Anschluß beim Konkurrenten im Osten suchen und finden. Von umgekehrter Sorge waren die Politiker im Osten geplagt. Gebannt schauten die Amerikaner den Russen, die Russen den Amerikanern, die Bundesrepublik der DDR (und umgekehrt) bei dem neuen Geschäft, Politik mit Entwicklungsländern zu treiben, zu. Doch im Wettrennen um die Gunst der Entwicklungsländer haben beide Industrieblöcke verloren. Diese gemeinsame Niederlage hat das politische Gleichgewicht zwischen beiden Blöcken und damit vielleicht den Weltfrieden bewahrt. Doch damit wurde auch deutlich, daß die Entwicklungsländer keine Chance ihres eigenen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieges im politischen Bündnis mit den Reichen sehen.

Mehr noch als die politische Niederlage wiegt vielleicht das Versagen der beiden Wirtschaftssysteme der industriellen Welt. Die Prinzipien der kapitalistischen und der kommunistischen Wirtschaftspolitik bewähren sich in den Industriestaaten des Ostens oder des Westens — der Westen plant etwas mehr als seine Prinzipien vorsehen, der Osten liberalisiert etwas mehr als in seinem Konzept steht —, doch beide können mit ihren Methoden zufrieden sein. Hingegen wollen die Entwicklungsländer weder das eine noch das andere Wirtschaftssystem der industriellen Welt übernehmen.

## II

Dabei läge es nahe, daß gerade die beiden mächtigsten Industriestaaten, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, den Entwicklungsländern Vorbild sein könnten, denn beide haben das Entwicklungsproblem, die rapide Wandlung der Sozialstrukturen, in ihrer eigenen, jüngsten Geschichte erlebt.

In Wirklichkeit stoßen beide, Russen und Amerikaner, in vielen Entwicklungsländern auf gleichen psychologischen Widerstand. Beide besuchen recht ungeniert die Dritte Welt. Schließlich ist es ihr berechtigter Stolz, aus eigener Kraft vorwärtsgekommen zu sein. Auf äußere Attribute der modernen Welt, Krawatten, Maßanzüge, können sie darum leicht verzichten. Nicht so die politische Elite der Entwicklungsländer, die den Modernismus von außen mitbringt und sich darum nur zu gern in die Äußerlichkeit der Modernität verliebt. Russen und Amerikaner wirken, jeder auf seine Art, verletzend und unzivilisiert.

In Afrika haben die Sowjets viel Kredit verloren, weil sie ihre Hilfe in spektakuläre Vorhaben (Schwimmbäder, Hotels, Lautsprecheranlagen) investierten. Die Amerikaner machen sich allerdings auch nicht beliebt, wenn sie Getreide wie Almosen verschicken und ihr „Friedenskorps“ die sanfte Aufdringlichkeit der Heilsarmee zeigt.

Weniger groß ist das Mißtrauen gegen die Industriestaaten Ost- und Westeuropas. Einige sind aus ihrer langen Kolonialgeschichte in den Entwicklungsländern klare Begriffe geworden. Andere, so die Deutschen, genießen nebelhaft motivierte Sympathien, vielleicht weil ihre romantischen Vorstellungen von Volk und Nation in der arabischen Welt Anklang fanden. Dennoch, auch die Welt der europäischen Industriestaaten bleibt den Entwicklungsländern fremd und feindlich. Neokolonialismus und Industriestaaten sind fast synonyme Begriffe geworden. Umgekehrt fehlen auch in den Industriestaaten Kenntnisse und Einfühlungsvermögen, um kritisch und sicher genug die Probleme der Entwicklungsländer beurteilen zu können.

In den Industriestaaten Ost- und Westeuropas mögen zwar unterschiedliche soziale und philosophische Lehren gelten, einig sind wir uns im Westen und Osten in der Anerkennung einer gesetzmäßigen Ordnung, die die inneren Zusammenhänge in Natur und Gesellschaft bestimmt. Bisher konnten wir uns damit bescheiden, die verschiedenen Begriffe der Ordnung, etwa die Ordo-Definition der Christen, die Harmonielehre der Liberalen und die dialektischen Gesetze der Marxisten gegenüberzustellen.

Bei der Begegnung mit Entwicklungsländern werden wir mit neuen Weltbildern konfrontiert, denen wir buchstäblich unbedacht gegenüberstehen. Uns geht es heute noch wie den ersten Europäern, die mit dem Orient bekannt gemacht wurden. Wir brauchen, wie Theseus im Labyrinth des Minotaurus, einen roten Faden, wenn wir uns in den verwirrenden Vorgängen der arabischen Politik zurechtfinden wollen. Und wer je dort als Beobachter, Politiker oder Berater tätig war, fühlte sich versucht, wie König Alexander den Gordischen Knoten des Nepotismus, der persiflierten Bürokratie, der kostspieligen Prestigevorhaben mit dem Schwert zu zerschlagen.

Gerade dort, wo Entwicklungsgebiete von der Modernität heimgesucht wurden, gelten oft nicht mehr die uns vertrauten Prinzipien der Ordnung. In den Befreiungs-

kriegen wurde aus chaotischen Situationen die „Strategie des revolutionären Krieges“ \*) abgeleitet. Die Dichtungen der Antillen, Zentral- und Nordafrikas erkoren den Menschen, der im Zwielficht steht, der zwielfichtig ist, zum Helden eines neuen Zeitalters.<sup>2)</sup> Nationen werden mit Hilfe des Kofferradios geschaffen, Staudämme dagegen mit Handkarren und Schaufel gebaut.

III

Ein weiterer Grund erschwert unser Verständnis der Entwicklungsprobleme. Sicherlich, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme dieser Gebiete sind nicht so differenziert wie die der Industriegesellschaft, doch sie sind sehr viel komplexer.

Wer beispielsweise die Auswirkungen der modernen Verkehrswirtschaft in den Entwicklungsgebieten studieren will, muß sich mit Ethnologie, Demographie, Landwirtschaft, Medizin und Pädagogik vertraut machen. Seitdem es Eisenbahnen und Autobusse gibt, hat das große Reisen begonnen. Über weite Strecken hinweg begegnen sich jetzt Familien und Sippen. Der Inzucht ist ein Ende gesetzt. Die Einheirat in fremde Familien führt zur Vergrößerung der Kinderschaft. Diese wiederum fordert eine Erweiterung der Nahrungsdecke. Zuerst wird die Viehwirtschaft vermehrt, denn die meisten Bauern stehen dem Stadium der Hirten immer noch näher als dem der Pflanzenzüchter. Besonders die „billigen“ Ziegen- und Schafsherden zerstören Grasnarbe und Ackerkrume. Die alten Prinzipien der Dreifelderwirtschaft werden häufiger verletzt, ohne durch moderne Methoden der künstlichen Düngung ersetzt zu werden.

Die Hungersnot zwingt gerade die jüngeren und aktiveren Familienmitglieder zur Auswanderung in die Stadt oder ins industrielle Ausland. Nur wenigen gelingt es, so wie den Portorikanern in den Vereinigten Staaten oder den Algeriern in Frankreich, als Fremdarbeiter oder Emigranten in einem Industrieland Fuß zu fassen. Die meisten bleiben auf ihrem Wanderweg in der nächstgelegenen europäisierten oder amerikanisierten Hafenstadt ihrer Heimat hängen. Dort vermehren sie das Heer des Lumpenproletariats in den Slums, den Bidonvilles und Shanty-towns. Von der städtischen Industrie nicht absorbiert, aus ihren Familien enturzelt, verarmen sie nun vollends. Wo nichts mehr zu verlieren ist, bleibt Kinderzuwachs der einzige Gewinn: In dem städtischen Lumpenproletariat herrscht eine Geburtenfreude, die alle Maße überschlägt. „Der Staat ernährt sie doch“, war die Antwort, die mir in Algerien eine 18jährige Mutter von fünf Kindern gab.

Die Ernährungsdecke wird noch knapper, die Kindersterblichkeit schwillt an — wenn nicht die moderne Medizin auf den Plan tritt. Sie gebietet der Kindersterblichkeit Einhalt und schiebt auch den Tod der Erwachsenen weiter hinaus. Doch die Medizin vermag nicht, die Unterernährung zu bannen.

Dazu ist die Modernisierung der Landwirtschaft nötig. Diese kann bei den einheimischen Bauern erst eingeführt werden, wenn ihr die moderne Pädagogik, besonders die Berufsausbildung, vorausgeht. Die Pädagogik ihrerseits hat nur dann günstige Auswirkungen, wenn zuvor die Sozialstruktur und die Mentalstruktur der Dorfbewohner verändert wird. Ein modern erzogenes Mädchen verläßt seine Heimat, wenn es von den Großeltern gezwungen wird, den Schleier zu tragen, oder wenn seine Heirat von der Willkür des Sippenvorstandes abhängt. Ein Junge, der gelernt hat, Traktoren zu bedienen und Land für die Bewässerung zu nivellieren, will nichts vom Erbstreit über tischplattengroßen Grundbesitz hören. Vor allem: er hat in der Schule oder im Internat

1) Mao Tse-tung „La stratégie de la guerre révolutionnaire en Chine“, Paris 1950; Ernesto Che Guevara „La guerra de Guerrillas“, Havanna 1960.

2) Zum Beispiel: Kateb Yacine „Nedjma“, Paris 1956, deutsche Übersetzung „Nedschma“, Frankfurt/M 1958; Basil McFarlane „Jacob and the Angel“, Guayana 1952, deutsche Übersetzung in: Janheinz Jahn „Schwarzer Orpheus“, München 1954.

die „Emanzipation auf den Stuhl“ erlebt; er hat gelernt, nicht mehr wie seine Väter in den Erdlöchern und Strohhütten auf dem Boden zu hocken, um dann rheumatisch zu verkrüppeln.

Wenn es sich nicht um Ausnahmen handelt, geht das Mädchen in der städtischen Prostitution oder in der Halbsklaverei des Dienstgewerbes, der Junge in der städtischen Arbeitslosigkeit unter.

Die Schule ist eine Voraussetzung für die Erneuerung der Landwirtschaft und gleichzeitig ist die Dorfschule eines der größten Hindernisse der landwirtschaftlichen Modernisation. Kinder, die lesen, schreiben und technische Fertigkeiten gelernt haben, finden in der Landwirtschaft keinen sozialen Aufstieg, es sei denn in der Verwaltung. Die politische Führungsschicht der Entwicklungsländer demonstriert diesen Jugendlichen, daß soziales Prestige nicht im Dorf, nur in der Stadt zu gewinnen sei. Dort auch nur kann der Junge, aus der Enge seiner verständnislosen Familie gelöst, intensiv dem Studium nachgehen. Während seiner Ausbildung hat er zwei extreme Möglichkeiten vor Augen: Versagt er, dann sinkt er in die amorphe Masse des Lumpenproletariats ab; erreicht er sein Ausbildungsziel, dann kann er dem Beispiel seiner ebenfalls erfolgreichen Kameraden folgen und zum hochdotierten Müßiggang promovieren.<sup>3)</sup>

#### IV

Gewiß, es gibt Länder, in denen die Jugend neue arbeitsethische Idole gefunden hat (die Sowjetunion, Japan, die Türkei zur Zeit Atatürks, Israel, Jugoslawien, Tunesien, Kuba). Doch die Wandlung des sozialen Prestiges allein reicht nicht aus. Ein moderner Geist kann nur in einer modernisierten Umwelt geweckt werden. Es ist nicht nur eine Kostenfrage, die Infrastruktur der Entwicklungsländer zu modernisieren. Es gehört dazu auch eine Koordination, die nicht weitsichtig und umfassend genug sein kann.

Wie verhängnisvoll die mangelhafte Koordinierung, die fehlende Planung bei der Einführung moderner Einrichtungen sein kann, erlebte ich in einem ostalgerischen Dorf.

Als ich dieses Dorf vor acht Jahren zum ersten Mal besuchte, gingen Männer und Frauen ihrer geregelten und ausgeglichenen Tätigkeit nach; die einen arbeiteten auf dem Feld, die anderen sammelten Holz und schöpften Wasser aus dem Dorfbrunnen. Inzwischen erhielt dieses Dorf eine Wasserleitung, die an jedes Haus angeschlossen wurde. Der Herd wird nicht mehr mit Brennholz, sondern mit Flaschengas unterhalten. Die Frauen arbeiten nun nur noch innerhalb des Hauses und sind aus der Dorföffentlichkeit verbannt. Der sozialen Kommunikation beraubt, verlieren sie auch an gesellschaftlichem Ansehen. Statt sozialer Evolution setzte Re-evolution ein. Was ich früher nie erfahren hatte, erlebte ich nun in fast jeder Familie: psychische und physische Störung, besonders der jungen Frauen.<sup>4)</sup>

Als ein deutscher Arzt dieses Dorf besuchte, nahmen die Frauen die Gelegenheit wahr, sich mit dem Fremden auszusprechen. Der Arzt spürte tiefe Dankbarkeit bei den Frauen, als er ihren Männern und Vätern auftrug, Töchter und Ehefrauen täglich eine halbe Stunde lang an die frische Luft zu führen. Natürlich konnte der Arzt nicht vorschlagen, Wasserleitungen und Flaschengas abzuschaffen, um Wirkungskreis und Ansehen der Frauen wieder zu gesunden.

Diese Fehlentwicklung wäre nicht eingetreten, wenn beim Bau der Wasserleitung auch das soziale Problem der Frauen berücksichtigt worden wäre. Das ist selbstver-

3) Vgl. René Dumont „L’Afrique noire est mal partie“, Paris 1962, S. 63 ff.; Ronald Wraith und Edgar Simpkins „Corruption in Developing Countries including Britain until the 1880’s“, London 1963; R. J. Guiton „Die schwarzen Eliten Afrikas“ in: Europa-Archiv, Folge 20/1963, S. 771 ff.

4) Aus ähnlichen Gründen litten in Europa bürgerliche Frauen, deren wirtschaftliche Funktionen und damit gesellschaftlichen Berechtigungen verkümmerten, unter „Migräne“. Vgl. auch Mahmoud Makal „Un village anatolien“, Paris 1963.

ständig nicht Aufgabe des Bauunternehmers, wohl aber der staatlichen Organe (und der Industriestaaten, wenn sie solche Projekte mit ihrer Entwicklungshilfe unterstützen).

Damit will gesagt sein: Eine liberale Wirtschaft nach westlichem Vorbild ist in den Entwicklungsländern nicht möglich, denn hier geht es um mehr als den freien oder gelenkten Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Die Entwicklungsländer bedürfen der Planung. Doch auch die Planungsmodelle der kommunistischen Industriestaaten sind hier kaum als Vorbilder geeignet. Als in der Sowjetunion die Wirtschaftsplanung eingeführt wurde, standen die politischen Führer vor der Wahl, dem Konsum oder der Produktion den Vorzug zu geben. Sie mußten wählen, aber sie konnten auch wählen. Die UdSSR erlebte nicht, als sie am Anfang ihrer Planung stand, eine demographische Explosion.

Bisher gelang es nur zwei Ländern, sich mitten in einer rapiden demographischen Ausdehnung wirtschaftlich zu stabilisieren: Japan und Israel. Israel kann den Entwicklungsländern kein Beispiel sein, weil dieser Staat unter ungewöhnlichen Umständen entstand und seine Bevölkerung ungewöhnliche Voraussetzungen mitbringt. Japan konnte ohne wirtschaftliche Planung, aber dank straffer politischer und religiöser Zentralisierung unter Verzicht auf seine Konsumentfaltung einen wirtschaftlichen Aufstieg erleben, weil dieses Land seinen Platz auf dem noch jungen Weltmarkt am Anfang der industriellen Epoche fand. Damit ist auch das japanische Beispiel nur bedingt gültig, nämlich mit seinem Hinweis auf die Arbeitsintensivierung der Produktion.

Ohne diese Voraussetzungen stehen die Entwicklungsländer vor einer solchen Fülle gleichzeitig zu lösender Aufgaben unter sich ständig wandelnden Umständen, daß eine intensive und zielstrebige Planung unmöglich ist. Sie müssen gleichzeitig Nation werden, neue Sozialstrukturen finden, eine der Modernisierung entsprechende Ideologie suchen, die demographische Explosion beherrschen, koloniale oder halbkoloniale Wirtschafts- und Verwaltungsformen auflösen, eigene Kader aufbauen; dabei dürfen sie erst recht nicht die Produktion und die Verteilung der Konsumgüter außer acht lassen. Schwerpunkte der Entwicklungspolitik können kaum auf weite Sicht gebildet werden, denn die Vernachlässigung eines Faktors kann zur Gefährdung der gesamten Entwicklung führen.

## V

Die politischen und ideologischen Methoden sind von Land zu Land unterschiedlich.

Es

gibt bürgerliche Demokratien, konstitutionelle Monarchien, Bauernrepubliken, Militärdiktaturen, Einparteien- und Mehrparteiensysteme. In dem einem Land verspricht man sich alles von der Partnerschaft des Kapitals mit der Arbeit (Tunesien), im Nachbarland ist der Privatkapitalismus selbst des kleinen Gemüsehändlers verpönt (Algerien), nebenan ist die Förderung kapitalistischer Bereitschaft oberstes Gebot (Marokko). So unterschiedlich die Prinzipien auch sein mögen, sie werden im Namen des landeseigenen „Sozialismus“ proklamiert.

In Lateinamerika wechseln die Regierungsformen häufig innerhalb eines Landes. In Afrika werden die gegensätzlichsten Experimente in engster Nachbarschaft durchgeführt: Mali verfolgt eine straffe Planungspolitik; im benachbarten Senegal überwiegen liberale Elemente. Nigeria ist von englischen Kolonisten geprägt, Kamerun steht unter französischem Einfluß. Marokko hat eine konstitutionelle Monarchie mit Mehrparteiensystem. In der algerischen Republik gilt das Einmann- und Einparteiensystem. Doch wer will das Einparteiensystem der algerischen FLN mit dem Einparteiensystem der tunesischen Neo-Destour vergleichen? Unter anderen politischen Kontrasten steht Südostasien, wo östliche und westliche Industriestaaten die Grenzen ihrer Einflußzonen mitten durch Entwicklungsländer zogen. Nicht selten wechselten politische Führer ihre

eigenen Prinzipien. Aus dem Demokraten *Ho Chi Minh* wurde ein Kommunist, aus dem linksradikalen *Tschiang Kai-schek* ein Antikommunist.

Politische und ideologische Formen sind wechselhaft und unterschiedlich. Trotzdem hat die Politik aller Entwicklungsländer etwas gemeinsam: die gesellschaftlichen Probleme, die einerseits die Bevölkerung, andererseits die politische Führung bereiten.

Eines der auffallendsten innenpolitischen Probleme ist die Fehlorientierung der Bevölkerung bei der Entwicklung ihres Landes. In den nordafrikanischen Regionen sucht der Bauer sein soziales Ansehen nicht im Bodenbesitz oder im Produktionsertrag, sondern in der Schar seiner männlichen Nachkommenschaft und in der Zahl seiner Ehefrauen. Es ist nicht seine Stärke, die Natur zu beherrschen, sondern sich in der Natur einzuordnen. Katastrophen und Schicksalsschläge zermürben ihn nicht. Er muß nicht, wie der europäische Siedler, acht oder zehn Zentner Getreide je Hektar ernten, um seine Kosten decken zu können; ihm genügen zwei oder drei Zentner. Da er weiß, daß die Erde unfruchtbar ist, hofft er nur auf die Fruchtbarkeit seiner Familie.

Entsprechend ist auch sein Sparsinn. Er investiert nicht in seine Wirtschaft. Selbst um Kleidung, Wohnung und Nahrung kümmert er sich wenig. Dafür bedenkt er seine Familie, seinen einzigen Stolz, mit kostbarem Schmuck. Mit dem von Vorfahren ererbten und neu erworbenem Gold stattet er reichlich die Ehefrau aus. Das ist seine Vorsorge. Der Schmuck wird — wie es muselmanische Sitte ist — nicht in der Öffentlichkeit gezeigt. Wer aber Eingang in algerische Bauernfamilien findet, gewinnt leicht den Eindruck, daß hier mancherorts mehr Gold angehäuft wird als in großbürgerlichen Familien Europas.

Die nordafrikanischen Bauern sind gewitzt. Sie haben oft genug erlebt, wie Dürre, Wolkenbrüche, Sandstürme und Kriege Ernte und Viehbestand vernichteten. Sie haben aber selten vom Erfolg investierten Kapitals oder investierter Arbeit erfahren. Dieses Risiko überlassen sie lieber dem Staat.

Doch gerade diese Haltung widerspricht den Forderungen der modernen Entwicklung. Ähnlich wie die Bauern verhalten sich Kaufleute, Handwerker, Bürger und ein großer Teil der politischen Führungsschicht. Häufig entstammte die erste Generation nationalpolitischer Führer feudalem Milieu. Unterstützt von ihren Familien und Klans zogen sie zunächst aus, um die partikularistischen Interessen ihrer Gruppen gegenüber der kolonialen Zentralgewalt zu verfechten. Um dieses Ziel zu erreichen, hatten sie sich im Befreiungskampf mit anderen politischen Klanführern verbündet. So gewann der Befreiungskampf nationalen Charakter. Nach dem Sieg lockerten sich die Bündnisse. Es drohte ein Rückfall in den Regionalismus. Fast überall gelang es in dieser innenpolitischen Krise einem Klanchef, die Macht über die ganze „Nation“ an sich zu reißen und seine einstigen Mitstreiter zurückzudrängen.

Dabei wurde das alte feudalistische System durch absolutistische Formen abgelöst: Einmannherrschaft und Einparteiensysteme. Die absolutistische Phase ist kürzer oder länger, der Übergang zur Demokratie nicht überall leicht erkennbar. In Tunesien wurde in den letzten Jahren fast unmerklich die politische Orientierung der Bevölkerung vom „Bourguibismus“ auf den „Zehnjahresplan“ abgelenkt. Spannungsgeladen sind dagegen die Übergänge in Marokko, wo die Monarchie konstitutionalisiert und das Mehrparteiensystem anerkannt wurden.

Die Übergänge von Feudalismus, Absolutismus und Demokratie sind kürzer und nicht so überschaubar wie in Europa.<sup>5)</sup> Oft ist gerade dort, wo der Absolutismus

5) Nur in wenigen Fällen sind „Nationen“ in Entwicklungsgebieten mit europäischen Nationalstaaten vergleichbar. In den Entwicklungsgebieten sind sie nicht organisch entstanden, sondern meist willkürliche Schöpfungen des Kolonialismus. Nichts wird heute in den jungen Ländern mit solch frenetischem Beifall bedacht wie das Ergebnis des Berliner Kongresses von 1878. Es ist geradezu eine historische Schuld des Kolonialismus und gegenwärtig die ernsteste Kriegsgefahr in Entwicklungsgebieten, wenn die ehemaligen Kolonialherren irgendwo die Grenzen ihrer Territorien nicht mit absurder Präzision bestimmt hatten.

besonders ausgeprägt ist, der feudalistische Geist noch sehr rege. Die politischen Führer, die über Fremdherrschaft und machthungrige Waffengefährten gesiegt haben, müssen nun den Ansprüchen ihrer Sippen, die sie ernährten, die ihnen die Ausbildung ermöglichten, gerecht werden. Nur selten kann ein Machthaber seinen Angehörigen Pfründen auf Produktionsstätten anbieten. Doch er hat von den Europäern eine aufgebauschte Kolonialverwaltung übernommen, die er zwar im wirtschaftlichen Interesse seines Landes abbauen sollte, die er aber unter dem Druck seines Klans neu besetzen muß. Was einmal lebensnotwendiges Sippenrecht war, ist jetzt Nepotismus geworden. Wo früher alte Gesetze der Gastfreundschaft ihre Berechtigung hatten, wuchert heute chronisches Parasitentum. Den „historischen“ Führern der Entwicklungsländer ist der „jus sanguinis“ vertrauter als der „jus solis“. Ihnen ist darum Nepotismus keine Korruption, sondern eine Moral. Doch die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer verlangen eine andere Moral.

VI

Die andere Moral keimt in einer neuen Generation. Die alten, die „historischen“ Führer der Entwicklungsländer wurden einst von ihren Familien ausgeschiedt und auf Kosten ihrer Familien ausgebildet. Die neue Elite erhält zur Ausbildung als Facharbeiter oder zum Studium an Hochschulen staatliche Stipendien. Noch während die Jungen die Stipendien ihrer Regierungen genießen, revoltieren sie gegen den Geist der alten (wenn auch an Lebens- und Regierungsjahren noch jungen) Führungsschicht. Die Generation der heutigen Studenten und Jungakademiker hat keinen Sinn mehr für die alten Forderungen der Familie, des Klans. Fast in allen Entwicklungsländern stehen die Studentenverbände in Opposition zu ihrer eigenen Regierung.<sup>6)</sup> Hinter dieser Opposition steckt mehr als nur jugendliche Lust an der Rebellion: sie haben ein neues Konzept der Entwicklungspolitik. Als *Tschu En-lai* und *Habib Bourguiba* in Europa studierten, dachten sie zunächst nur über die nationale Befreiung ihrer Heimatländer nach. Die neue Studentengeneration hat schon während ihres Studiums die soziale und wirtschaftliche Rückentwicklung ihrer Heimat vor Augen. Viele unter ihnen haben sich von ihren alten Sippen getrennt und neue Zellen der modernen Kleinfamilien gebildet. Sie gehören nicht mehr zu einem Klan, sondern zu einer politischen Partei. Sie sind nicht mehr (nur) Nationalrevolutionäre, sondern Sozialrevolutionäre.

Das Eigentümliche ist nun, daß die alte Führungsschicht den Weg über die partikularistischen Interessen ihrer Familien zum Nationalismus fand, die kommende Führungsschicht aber Gefahr läuft, vom Staatsbürgertum in den Individualismus zu verfallen. Sie sind den starren Familienbanden entronnen und widersprechen gleichzeitig der politischen Praxis ihrer Staatsführung. Unter diesem Dualismus zerbricht ein großer Teil der Studentenschaft. Im gleichzeitigen Widerspruch zur Familie und zur Regierung verlieren sie die politische Orientierung. Entwurzelt und politisch heimatlos suchen sie nun den individualistischen Ausweg in privaten Interessensphären.

Anders scheint der Weg einer anderen Avantgarde der sozialen Entwicklung, der Arbeiterschaft, zu verlaufen. Sie steht vor drei politischen Möglichkeiten: der Arbeiterpartei, der Genossenschaftsbildung oder der Gewerkschaft. Hin- und hergerissen zwischen den Erfahrungen ihrer europäischen Kollegen (der Auseinandersetzung mit den Unternehmern) und den Notwendigkeiten ihrer Heimat, den Kampf gegen die Unterentwicklung zu führen, schwanken sie zwischen klassenkämpferischem und solidarisiertem Sozialismus. In ihrer Heimat stehen sie nicht einer dynamischen, risikofreudigen Unternehmerschaft, sondern einem parasitären Bürgertum gegenüber. Mit ihm ist

6) Auf dem Kongreß der „Fédération des étudiants d'Afrique noire en France“ (FEANF) vom 26.—28. Dezember 1963 in Paris erklärten sich alle französisch sprechenden Studenten Zentralafrikas mit der Politik aller zentralafrikanischen Regierungen nicht einverstanden.

über Korruption, nicht über Tarifverträge und Arbeitsschutz zu reden. Die Arbeiterschaft ist die erste soziale Gruppe, die ihre Einkommensforderungen hinter den Bedürfnissen der Entwicklungsprojekte zurückstellt.

Die *Gewerkschaften* der Entwicklungsländer verlieren immer mehr ihren syndikalistischen Charakter, weil ihnen die Tarifpartner fehlen. In einigen Ländern sind sie auf dem Weg zu Arbeiterparteien, die zu neuen Formen der politischen Arbeiterinternationale neigen. Die marokkanische UMT und die gesamtafrikanischen Arbeiterorganisationen sind dafür bezeichnend. In anderen Entwicklungsgebieten ist die Neigung zu Genossenschaftsbildungen stark. In Genossenschaften finden die Arbeiter mehr Möglichkeiten zur Soziabilität als in Gewerkschaften. Sie bieten dem einzelnen die Möglichkeit, nicht in dem noch fremden nationalen Rahmen, sondern in der eigenen Umwelt Entwicklungsprobleme verstehen und lösen zu lernen. Wo der materielle Anreiz zur „nationalen Solidarität“ fehlt, können Genossenschaften Unternehmungsgeist und Planungssinn wecken.

Wie auch immer die politische Entwicklung der Arbeiterschaft sein mag, sie wird zweifelsohne kollektive Verbände, sei es in Gewerkschaften, Parteien oder Genossenschaften, bilden und damit nicht wie die Studenten- und Akademikerschaft der Gefahr politischer und sozialer Entwurzelung ausgesetzt sein.

## VII

Aus Sippenmitgliedern werden Staatsbürger. An die Stelle der Familiensolidarität treten Genossenschaften. Die soziologischen Veränderungen sind eine Voraussetzung der Entwicklung. Doch sie allein reichen nicht. Dazu gehört auch eine geistige Neuorientierung. Die Vorbilder amerikanischer Pioniere, sowjetischer Komsomolzen, israelischer Kibbutzen strahlen in einige Entwicklungsländer aus. Besonders in den Staaten, die sich mit militärischen Mitteln von der Vormundschaft der Industriestaaten befreit haben, ist es leicht, Sozialrevolutionäre Milizen zu bilden. Vielleicht ist das Echo, das sie finden, lebhafter als ihr eigener Organismus, denn oft sind es Idealisten ohne Ideologie. Außer in den kommunistischen Entwicklungsländern gibt es bis heute nirgends eine systematische Doktrin im Kampf gegen die Unterentwicklung. Wo die wirtschaftliche Planung unmöglich ist, müssen auch die geistigen Konzepte aus den Forderungen des Augenblicks abgeleitet werden. In fast allen Ländern Afrikas ist der „Sozialismus“ pragmatisch bedingt. Er kann darum nicht wie in der kommunistischen Welt erstarren. Doch da er sich nur in einzelnen „Feldzügen“ manifestiert, erfordert er ständig enormen propagandistischen Aufwand.

Länder, die sich dieser Methode bedienen und aufgeschlossene Teile der Bevölkerung zu militanten Aktionen aufrufen, nennt man Sozialrevolutionär. Andere, in denen das Vertrauen in die Einsatzbereitschaft der Bevölkerung weniger groß ist, heißt man reformistisch. Diese Unterscheidung ist unzureichend. Es gibt Länder, zum Beispiel Syrien, in denen breite Schichten der Bevölkerung (Studenten, Offiziere, Industriearbeiter, Kaufleute) hohes politisches Verantwortungsbewußtsein haben. Sie können über die Politik ihrer Regierungen mitreden und sind bei Mißgriffen zum unverzüglichen Sturz ihrer Regierung entschlossen. In diesen Fällen stört das politische Urteilsvermögen der Bevölkerung die Kontinuität der Entwicklung. Ein entgegengesetztes Beispiel ist Ägypten; wesentlich zur politischen Stabilisierung Ägyptens trug die Entpolitisierung des Offizierkorps bei. Ähnlich ist in Tunesien das Interesse der Elite von der Parteipolitik auf Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik abgelenkt worden; Tunesier sind selten zu „politischen“ Gesprächen aufgelegt, sie stehen aber gern Rede

und Antwort, wenn es um die Interessen ihrer Berufe oder ihrer Gemeinden geht. Der tunesische Maler und Kommunalpolitiker *Hatim Elmekki* verglich die Entpolitisierung in Ägypten und Tunesien mit der Politisierung in Algerien und Marokko so: „Wenn meine Tochter einen Ägypter heiraten wollte, würde ich ihr einen Offizier vorschlagen, in Tunesien einen Maler, in Algerien und Marokko einen Parteipolitiker.“

Ägypten und Tunesien beweisen, daß mitunter die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der „reformistischen“ Länder revolutionärer als in den sogenannten „sozialrevolutionären“ Ländern sein können. Die revolutionären Länder, in denen also die Bevölkerung militanten Anteil an politischen Ereignissen nimmt, stehen vor einem innenpolitischen Dilemma: Sie müssen einerseits die politische Miliz materiell desinteressieren, wenn die Bildung einer neuen parasitären Kaste der Parteifunktionäre verhindert werden soll — eine Gefahr, die in Algerien sehr groß ist. Andererseits machen sie dieser Elite größere religiöse und sentimentale Zugeständnisse. Solange ihnen eine eigene Ideologie der Entwicklung fehlt, müssen sie die ethischen Konzepte in der Religion und in traditionellen Soziallehren suchen. So ist es zu erklären, daß die ursprünglich laizistische Bewegung der algerischen FLN den Islam zur Staatsreligion erklären mußte. (Als in Algier die ersten Hotels und Gaststätten nationalisiert wurden, versuchte man zuerst, das soziale Verantwortungsgefühl der neuen Arbeiterräte zu wecken; der Versuch schlug so lange fehl, bis die neue Verpflichtung religiös motiviert wurde.)

Haben die revolutionären Staaten innenpolitische Schwierigkeiten, so leiden die sozialreformistischen Länder unter außenpolitischen Schwächen. Die Industriestaaten in West und Ost widmen ihre Aufmerksamkeit mehr den ideologisch bewegten Entwicklungsländern. Um nicht der Hilfeleistungen entsagen zu müssen, greifen gerade die in der Innenpolitik reformistischen Länder beim Umgang mit Industriestaaten zu erpresserischen Methoden. Es braucht dabei nicht immer zu einer „Bizerta-Affaire“ zu kommen. Manchmal genügt es, dem befreundeten Industriestaat mit der Konkurrenz, der Bundesrepublik mit einem Konsulat der DDR, den Amerikanern mit einer Waffenannahme aus dem Osten zu drohen.

Die Außenpolitik der revolutionären Entwicklungsländer ist nicht so kommerziell. Es überwiegen auch hier die ideologischen Überlegungen. Die Sowjetunion mußte Kuba sogar anhalten, etwas von der Weltanschauung fallen zu lassen, um ein wenig kommerzieller beim Verkehr mit den USA zu denken. Die außenpolitische Konzeption der revolutionären Staaten ist eindeutig: Sie stehen im Kampf gegen den „Neokolonialismus“. Da der Neokolonialismus aber ein wirtschaftliches, nicht — wie sie oft meinen — ein politisches Phänomen ist, kämpfen sie gegen Windmühlen.

Algerien will seine nationale Persönlichkeit in der Arabisierung und der kulturellen Lösung von Frankreich finden. Französische Wissenschaftler, die einst Kolonialbeamte in Nordafrika waren, unterstützen diese Politik; sie sind davon überzeugt, daß dem Vorhaben in der modernen Welt der industrietechnischen Konzentrierung auf die Dauer kein Erfolg beschieden sein kann. Sie warten auf den Fehlschlag der Arabisierung, um dann der Bindung Algeriens an Frankreich um so sicherer zu sein. <sup>7)</sup>

Ein ähnliches Beispiel bot Guinea. Aus Angst vor dem vermeintlich politischen Neokolonialismus riß Guinea 1958 die Verbindung mit Frankreich ab. Nach einigen Irrwegen im kommunistischen Lager sucht es jetzt scheinbar souverän wieder die französische Partnerschaft. Im Osten war es Albanien, das sich von der Vorherrschaft der Sowjetunion befreien wollte. Vielleicht wird auch dieses Land eines Tages erkennen, daß die Macht der Industriestaaten nicht mehr im direkten politischen Einfluß liegt.

<sup>7)</sup> Um seine Vorherrschaft zu behaupten, unterdrückte der Kolonialismus die nationalen Bewegungen. Aus dem gleichen Grund unterstützt heute der Neokolonialismus die Nationalismen der Entwicklungsländer, die sich nun bei den Bemühungen um übernationale Zusammenarbeit selbst im Wege stehen.

## WERNER PLUM

Wie unterschiedlich die politischen Methoden und Wege der einzelnen Entwicklungsländer auch sein mögen, bisher hat noch keines die Patentlösung seiner Entwicklung gefunden. Erfahrene Beobachter betrachten die Entwicklung der „Dritten Welt“ mit skeptischer Hoffnung. Der polnische Wirtschaftswissenschaftler *Bobrowski* meint: „Auf lange Sicht ist der Optimismus sehr begründet, weniger aber — und selbst gefährlich — auf kurze Sicht.“<sup>8)</sup> Anders äußerte *Hubert Beuve-Mery* die gleiche Hoffnung, als er von der „unsichtbaren Kathedrale“ sprach<sup>9)</sup>, an der eine ganze Generation, auf der Suche nach sichtbaren Erfolgen und darum geblendet, mitbaut.

8) „Révolution africaine“, Nr. 36, 5. 10. 1963, S. 14 f.

9) Jean Le Veugle „Sept années d'éducation populaire au Maroc“ in: *Confluent*, Nr. 29—31, März—Mai 1963, Vol. 2, S. 387.